

Priorität einräumen

B-27-Alternativ-Resolution der Grünen

KREIS TÜBINGEN. Die beiden Wahlkreisabgeordneten von Bündnis 90/Grüne Winfried Hermann (Bundestag) und Boris Palmer (Landtag) haben rechtzeitig vor der montäglichen Mandatsträgerkonferenz zur B 27 eine eigene Resolution entworfen, die wir - wie bereits die „Fifka-Resolution“ - nun im Wortlaut abdrucken.

Die anwesenden politischen Mandatsträger der Städte und Gemeinden im Landkreis Tübingen und im Zollernalbkreis verabschiedeten folgende Resolution zum weiteren Ausbau der B 27 zwischen Balingen und Stuttgart:

Unsere Region bemüht sich seit Jahrzehnten um den Ausbau der B 27 zwischen Balingen und Tübingen. Immer wieder auftretende Verzögerungen bei Planung und Realisierung führen zu täglichen Staus und beeinträchtigen die Lebensqualität der an der Straße wohnenden Menschen ebenso wie die Entwicklung der Wirtschaft.

Wir fordern deshalb alle politischen Verantwortlichen sowie die beteiligten Ministerien und Behörden dazu auf, an der schnellstmöglichen Realisierung der noch ausstehenden drei Bauabschnitte zwischen Bodelshausen und Tübingen mitzuwirken. Dazu bedarf es einer Verständigung über die Trassenführung und der Bereitstellung ausreichender Finanzmittel.

Zur Finanzierung: Der Etat des Bundesverkehrsministers für den Straßenbau hat zwar insgesamt Rekord-Niveau erreicht, die frei verfügbaren Mittel für Bundesstraßen-Neubau im Regierungsbezirk Tübingen sind jedoch auf ein Viertel des Höchststands Anfang der 90er-Jahre abgesunken. Von Bund und Land erwarten wir, dass Sie die Hauptursache dieses Rückgangs, nämlich die Konzentration der Investitionsmittel auf die neuen Bundesländer und den Ballungsraum Stuttgart,

für die Zukunft zumindest teilweise korrigieren. Wegen der solitären Bedeutung der B 27 für die gesamte Region appellieren wir an das Regierungspräsidium, dieser Straße nach der Planfeststellung Priorität vor allen anderen Maßnahmen einzuräumen. Trassenführung: In Frage kommen können nur ausreichend leistungsfähige und umweltverträgliche Varianten. Der bereits planfestgestellte Abschnitt Dußlingen-Tübingen genügt beiden Anforderungen weitgehend. Die höchste Leistungsfähigkeit würde mit einem durchgängig vierspurigen Ausbau erreicht. Wegen der bereits stark vorangeschrittenen Zersiedelung unserer Region mit erheblichen Beeinträchtigungen für Mensch und Umwelt scheiden jedoch die Endelbergtrasse im Bereich Mössingen - Ofterdingen - Nehren und die offene Schindhaustrasse im Bereich Tübingen aus. Der Widerstand der Stadt Tübingen gegen eine Querung des Schindhauses lässt überdies eine Realisierung in weite Ferne rücken. Wir tragen daher im Sinne einer möglichst raschen Realisierung den Kompromiss der so genannten 2+2-Lösungen mit. Das Regierungspräsidium und die Ministerien in Bund und Land fordern wir auf, die Planung für den Schindhaubasistunnel und die Überdeckung der Bestandstrasse in Ofterdingen zügig voranzutreiben und abzuschließen. Zur Sicherung der gutachterlich bescheinigten Leistungsfähigkeit müssen alle Reserven im Verknüpfungsbereich ausgeschöpft und die Verlagerungspotenziale des öffentlichen Verkehrs genutzt werden. Parallel zum Ausbau der B 27 ist da her auch der Ausbau und die Modernisierung der bislang eingleisigen Zollernbahn voranzutreiben, auf der es in Folge von Infrastrukturengpässen bereits zu Verspätungen und Taktabweichungen kommt.